

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Mitte	15.11.2018	öffentlich
Stadtentwicklungsausschuss	27.11.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Radstation Hauptbahnhof
hier: Gestaltung einer Übergangslösung zwischen Abriss und Neubau**

Betroffene Produktgruppe

11.12.03.01

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Auswirkungen auf den Finanzplan:

159.800 € im Jahr der Herstellung, Teile der Maßnahme werden voraussichtlich zu 90 % bezuschusst. Eigenanteil der Stadt beträgt ca. 69.600 €.

Auswirkungen auf den Ergebnisplan:

Erhöhung des Finanzbedarfs für die Miete und die Betriebskosten der Fahrradabstellanlagen um 6.800 € zzgl. Abschreibungsaufwand von jährlich 6.392 €, dafür entfällt der bisherige Betriebskostenzuschuss der Stadt Bielefeld zur Radstation in Höhe von jährlich 33.500 €.

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Stadtentwicklungsausschuss, 28.06.2016, Top 8, 3250/2014-2020
Stadtentwicklungsausschuss, 26.06.2018, Top 11, 6827/2014-2020

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übergangslösung der Radstation in Form von zugangsgesicherten Fahrradabstellmöglichkeiten im ehemaligen Postgebäude und auf öffentlichen Parkplätzen am Hauptbahnhof zu erstellen.

Begründung:

1. Anlass / Ausgangssituation

Im Juni 2016 hat der Stadtentwicklungsausschuss die Verwaltung beauftragt, „mögliche Optionen zur Fortführung der Radstation zu untersuchen“.

Das gültige Mietverhältnis zwischen der DB AG und der Stadt Bielefeld / moBiel GmbH wurde zum 31.12.2018 gekündigt. Im ersten Quartal 2019 wird das Gebäude, in dem die Radstation

untergebracht ist, abgerissen. Im Juni 2018 wurde die Verwaltung gebeten, eine wettergeschützte Unterstellmöglichkeit als Zwischenlösung bis zum Neubau der Radstation zu schaffen (DS 6827/2014-2020). Durch den Einsatz hochwertiger Räder und Pedelecs steigt allgemein der Bedarf nach zugangsgesicherten, wetter- und vandalismusgeschützten Parkmöglichkeiten im Umfeld von Bahnhöfen. Aktuell werden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Anforderungen für eine neue Radstation erarbeitet.

Die Radstation bietet aktuell 340 Stellplätze, von denen ca. 190 mit Dauermietern belegt werden, hinzukommen Gelegenheitsnutzer. Je nach Lage und Ausstattung der Fahrradabstellanlagen für die Zwischenlösung ist von einem Rückgang der Nutzer auszugehen. Für die Zwischenlösung wird mit einer erforderlichen Anzahl an überdachten und zugangsgesicherten Fahrradabstellmöglichkeiten von mindestens 120 – 150 gerechnet.

Im ersten Arbeitspaket der Machbarkeitsstudie zur Radstation wurden bereits verschiedene Möglichkeiten für eine Zwischenlösung betrachtet. In dem Zusammenhang wurde ein Bedarf an zugangsgesicherten Fahrradabstellanlagen auch an der Rückseite des Bahnhofs festgestellt. Eine Übersicht über die betrachteten Standorte, deren Verfügbarkeit sowie die jeweilige Gestaltung der möglichen Zwischenlösung sind in Anlage 2 zusammengefasst. Die Lage der potentiellen Standorte ist in Anlage 1 dargestellt.

Die näher betrachteten Varianten umfassen die Nutzung des ehemaligen Postgebäudes in der Nahariyastraße sowie das Aufstellen zugangsgesicherter Fahrradabstellanlagen auf öffentlichen KFZ-Stellplätzen. Für die Nutzung des Postgebäudes sind eine Zugangssicherung sowie die Ausstattung mit Doppelstockparkern anzuschaffen. Im Bereich der öffentlichen KFZ-Stellplätze sind abschließbare, zugangsgesicherte, überdachte Sammelschließanlagen vorgesehen. Nach temporärer Nutzung als Ersatz für die Radstation am Hauptbahnhof, ist geplant diese an anderen Bahnhöfen im Stadtgebiet weiter zu nutzen. Hierfür ist eine 90 % Förderung der Fahrradabstellanlagen durch den VVOWL möglich und wird durch die Verwaltung beantragt.

Bevorzugte Variante

Um die erforderliche Anzahl an zugangsgesicherten Abstellmöglichkeiten am Hauptbahnhof zu schaffen, ist aus wirtschaftlichen Gründen eine Kombination verschiedener Fahrradabstellanlagen an unterschiedlichen Standorten erforderlich. Es wird die Kombination aus Nutzung des vorhandenen Raumes im ehemaligen Postgebäude (Standort B, Variante „Post 3“), mit Sammelschließanlagen in der Nahariyastraße (Standort C, Variante „Käfig 1“) sowie in der Joseph-Massolle-Str. (Standort E, Variante „Käfig 3“) empfohlen. Hierdurch wird auch der Bedarf nach weiteren zugangsgesicherten Fahrradabstellanlagen auf der Rückseite des Bahnhofs berücksichtigt. Diese Variante erfordert eine Investition in eine Zugangssicherung und neue Doppelstockparker für die Ausstattung des Raums in der ehemaligen Post, sowie die Anschaffung von Sammelschließanlagen für die öffentlichen KFZ-Stellplätze.

Hierdurch können ca. 140 zugangsgesicherte Parkplätze im Umfeld des Hauptbahnhofs eingerichtet und der Bedarf nach zugangsgesichertem Fahrradparken am neuen Bahnhofsviertel berücksichtigt werden. Für eine Übergangszeit von rund 3 Jahren entfallen dadurch 9 KFZ-Stellplätze.

Die relativ kurzfristige Verfügbarkeit der Räumlichkeiten im Postgebäude stellt eine unterbrechungsfreie Fortführung des zugangsgesicherten Fahrradparkens im Bahnhofsumfeld sicher. Zu Beginn der Radsaison im Frühjahr können die Sammelschließanlagen auf den öffentlichen Stellplätzen die Anzahl an Fahrradstellplätzen erhöhen.

Stellplätze	Investition	Laufende Kosten/Jahr	Gesamtkosten Jahre	3
ca. 140	159.800 € (Eigenanteil der Stadt ca. 69.800 €)	6.800 €	180.200 €	

Unter Berücksichtigung einer 90 % Förderung auf die förderfähigen Anteile der Sammelschließanlagen (ca. 100.000 €) reduziert sich der Eigenanteil der Stadt Bielefeld auf Investitionskosten von 69.800 €.

Durch dieses Vorgehen kann die Verfügbarkeit von zugangsgesicherten Fahrradabstellplätzen im Bahnhofsumfeld nach dem Abriss der Radstation gesichert werden.

2. Weiteres Vorgehen

Aktuell findet eine Markterkundung bei verschiedenen Herstellern von Sammelschließanlagen statt. Zeitgleich finden Verhandlungen mit dem Eigentümer des ehemaligen Postgebäudes über die Nutzung von Räumlichkeiten statt.

Aktuell werden im Rahmen der Machbarkeitsstudie die Anforderungen an die zukünftige Radstation ermittelt. Hierzu findet unter anderem eine Befragung der aktuellen Kunden der Radstation statt, welche auch auf potentielle Nutzer ausgeweitet wird. Die Planungen werden mit besonderem Hinblick auf Multimobilität vorangetrieben. Die „Strategiegruppe Radverkehr“ wird in die weiteren Planungen einbezogen.

Das Amt für Verkehr wird über die weitere Entwicklung informieren.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)	
Moss	